

Bj 5/1 EA

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Peter Wittmann
Genossinnen und Genossen

betreffend kein „Körpergeld“ für BK Kurz und VK Strache aus dem Steuergeld
der ÖsterreicherInnen

eingebracht in der 19. Sitzung des Nationalrates am, 17. April 2018 im Zuge der
Debatte zu Tagesordnungspunkt 4-6

4) Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (64 und Zu 64 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzrahmengesetz 2018 bis 2021 und das Bundesfinanzrahmengesetz 2019 bis 2022 erlassen werden (102 d.B.)

5) Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (13 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlags für das Jahr 2018 (Bundesfinanzgesetz 2018 - BFG 2018) samt Anlagen (103 d.B.)

6) Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (14 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlags für das Jahr 2019 (Bundesfinanzgesetz 2019 - BFG 2019) samt Anlagen (104 d.B.)

zu Top 5) BFG 2018

UG 10 Bundeskanzleramt und UG 17 Öffentlicher Dienst und Sport

Die Bundesregierung schafft es mit dem vorliegenden Budget, trotz ausgezeichneter Konjunkturlage und den von der Vorgängerregierung gesetzten budgetären Rahmenbedingungen in Richtung eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2019, bei den für die Menschen so wichtigen Bereichen, wie Soziales, Bildung und Arbeitsmarkt zu sparen und nur bei sich selbst großzügig zu sein. Bei den Menschen wird gespart indem wichtige Maßnahmen wie z.B. die Aktion 20.000 abgeschafft werden, es geplant ist die AUVA aufzulösen, die Finanzierung des Pflegeregresses wird nicht abgesichert, der Ausbau der Ganztageschulen wird verschoben und die Förderung von Start-ups bzw. der Entwicklungszusammenarbeit werden gekürzt.

Auf der anderen Seite ist diese Regierung zu sich selbst sehr generös, indem sie vor allem im Bereich des Bundeskanzleramtes und des Vizekanzlers ihre Kabinette um 166 Planstellen aufbläht, in den Ministerien Generalsekretäre installiert und dem Bundeskanzler Kurz (ca. 51 Mio. €) sowie dem Vizekanzler Strache (15 Mio. €) ein großzügiges „Körpergeld“ genehmigt.

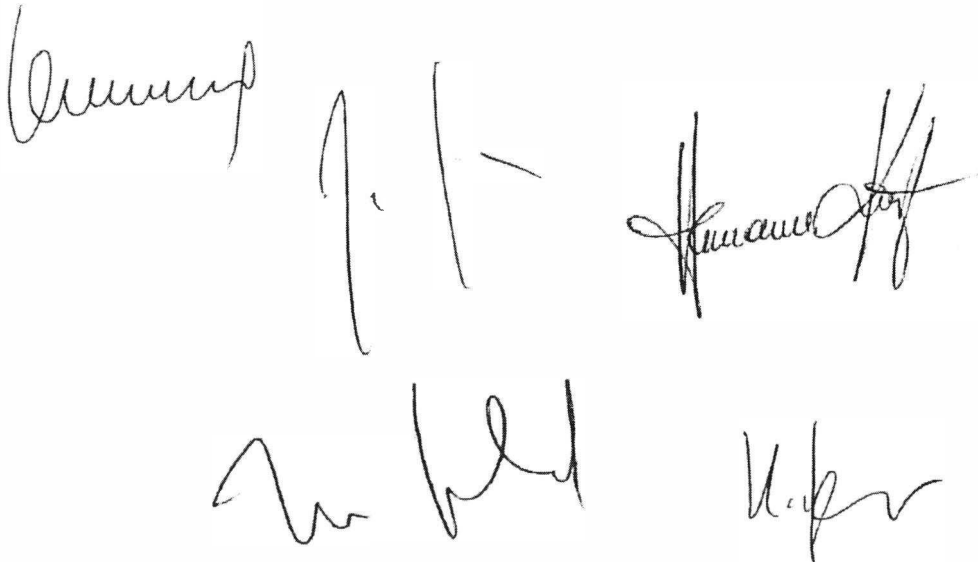
Es ist in hohem Maße unsozial und politisch nicht nachvollziehbar, dass diese schwarz-blaue Regierung in dem ersten von ihr vorgelegten Budgetentwurf nur bei den Menschen spart, bei sich selbst aber nicht.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere Bundeskanzler Kurz und Vizekanzler Strache, werden aufgefordert, bei den Regierungsfractionen dafür einzutreten, dass jene in ihrer Verwendung nicht genauer definierten Ansätze in den Budgets 2018/2019, umgangssprachlich auch als „Körpergeld“ bezeichnet, entfallen, damit diese Gelder für den sozialen Ausgleich in Österreich, also für die Bürgerinnen und Bürger, eingesetzt werden können. Weiters werden sie aufgefordert, auf ihre aufgeblähten Ministerbüros, aufgeblähten Büros der Generalsekretäre, aufgeblähten Büros allfälliger Think-Tanks und aufgeblähten Büros der Regierungssprecher zu verzichten und diese Planstellen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen, damit die Bevölkerung direkt davon profitiert.“



The image shows five handwritten signatures in black ink, arranged in two rows. The top row contains three signatures, and the bottom row contains two. The signatures are stylized and cursive, typical of handwritten notes or official documents.

